



## Protokollauszug zum MOBILITÄTS- UND UMWELTAUSSCHUSS

am Donnerstag, 08.12.2022, 17:20 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

### **TOP 1**                      **TOP Betriebsausschuss Stadtentwässerung**

---

#### **Beratungsverlauf:**

BM **Manni** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Nachdem es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft er Tagesordnungspunkt 1 auf.

Die Sitzung beginnt mit dem Betriebsausschuss Stadtentwässerung. Hierzu erfolgt eine separate Niederschrift.

### **TOP 2**                      **TOP Betriebsausschuss Stadtentwässerung**

---

#### **Beratungsverlauf:**

Siehe separates Protokoll zum Betriebsausschuss Stadtentwässerung.

BM **Manni** schließt die Sitzung des Betriebsausschusses Stadtentwässerung.

### **TOP 3**                      **Radwegeführung Friedrich-Ebert-Straße vor dem Forum**

**Vorl.Nr. 373/22**

---

#### **Beschluss:**

1. Der Abschnitt „Friedrich-Ebert-Straße, zwischen B 27 (ohne Kreuzungsbereich) und Fasanenstraße“ – siehe Anlage 1 - wird als richtungsgetrennter Radschnellweg geplant.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Abschnitte
  - a. Friedrich-Ebert-Straße (s.o.)
  - b. Alleenstraße, zwischen Myliusstraße und B 27

- die Planungen voranzutreiben, mit dem Zeitziel des Baubeginns ab dem Jahr 2024.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, das Projekt bis zur Genehmigungsplanung umzusetzen

### **Abstimmungsergebnis:**

**TOP 3**

**Radwegführung Friedrich-Ebert-Straße vor dem Forum**

**Vorl.Nr. 373/22**

---

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

### **Beratungsverlauf:**

BM **Manni** eröffnet die Sitzung des Mobilitäts- und Umweltausschusses. Er erinnert, dass ein Vertreter des Jugendgemeinderates zu diesem Thema bereits in der letzten Sitzung vorgetragen habe. Die Fahrradachse werde stark befahren. Man wolle eine leistungsfähige Achse, die auch die Schülerverkehre sicher und zukunftsgerichtet abwickeln könne.

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität informiert anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt und stellt den Entwurf der Planungen vor. Danach könne in die vertiefte Planung und Genehmigungsplanung eingestiegen werden. In einem Abwägungsprozess habe man sich verwaltungsintern in Absprache mit der Polizei, Gutachtern und den Radverbänden für eine richtungsgetrennte Radwegführung entschieden. Problematisch sei die reale Platzsituation vor Ort. Für einen regulären Radweg mit mittlerer Belastung sei dies ausreichend, jedoch nicht für die große Anzahl an Radfahrenden, vor allem zu Spitzenzeiten. Für eine richtungsgetrennte Führung eines Radschnellweges seien je 3 Meter pro Seite die richtige Dimensionierung. Mit dem Parkleitsystem versuche man gezielt den Verkehr zu lenken.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache. Man brauche einen Beschluss, um Fördermittel beantragen zu können. Eine Nachsteuerung sei danach auch noch möglich, sofern kostenmäßig nicht relevant.

Stadträtin **Dr. Knoß** lobt die frühe Einbeziehung, die Entscheidung zum Zweirichtungsradweg und die Einbahnstraßenregelung. Sie findet die Entfernung des Kopfsteinpflasters gut und fragt, ob dies für die ganze Straße vorgesehen sei, beziehungsweise für welchen Bereich die Förderung gelte. Sie fragt, wo die wegfallenden Parkstreifen vor dem Forum ersetzt werden können. Sie befürwortet die Mittelinsel als geschützten Bereich. Der Tausch der Einfahrten von (Parkplatz Bärenwiese 1) B1 und B2 sei sinnvoll. Sie vermutet eine Flutung der Oststadt mit Parksuchverkehr. Zur Alleenstraße liege bisher noch kein Entwurf vor.

Stadtrat **Klotz** bedankt sich für die frühzeitige Einbeziehung und lobt die Einbringung des Jugendgemeinderates. Nach Abschluss der Leistungsphase 3 werde ein weiterer Bericht gewünscht. Zu diesem Zeitpunkt können noch Änderungen aufgenommen werden. Eine Einbahnstraßenregelung werde nicht gewünscht. Er fragt, ob eine zeitliche Beschränkung möglich sei oder ein befahrbarer Schutzstreifen. Tagsüber gebe es viele Radfahrende, in den Abendstunden dominieren die Autofahrenden. Er will wissen, ob die Polizei die Einbahnstraße befahren darf. Die Halteplätze entlang des Forums werden auch von Taxen benutzt. Ein Ersatzplatz solle eingeplant

werden. Nachdem die Umsetzung erst für 2024 vorgesehen sei und das Kopfsteinpflaster für die Radfahrer schlecht befahrbar, wünscht er eine provisorische Füllung der Fugen bis zum Umbau. Er regt an, den Verkehr aus B 2 über die Fasanenstraße abfließen zu lassen.

Stadtrat **Raasch** sieht die Verkehrsinsel nicht als ausreichend und regt eine Verkehrszählung an. Den Verkehr der zwei Parkplätze in unterschiedliche Richtungen abzuleiten sei eine Verbesserung. Jeder Platz solle sein eigenes Wegesystem haben. Problematisch sehe er den einfahrenden Verkehr in B1 durch die Rückstaugefahr.

Stadtrat **Maier** schlägt vor, die Ein- und Ausfahrt der Bärenwiesenparkplätze zu tauschen. Er befürchtet sonst einen Rückstaukollaps, da sich einfahrende und ausfahrende Autos gegenseitig

**TOP 3**

**Radwegführung Friedrich-Ebert-Straße vor dem Forum**

**Vorl.Nr. 373/22**

---

blockieren. Die Einbahnstraßenregelung werde die Situation deutlich verbessern. Er befürwortet die Mittelinsel. Der Radweg werde so schnell als möglich gewollt.

Stadträtin **Knecht** lobt die heutige Diskussion im Gremium. Die Fasanenstraße sei eine Wohnstraße und erhalte erheblichen Mehrverkehr. Der Stadtteilausschuss und der Oststadtverein solle informiert und eingebunden werden. Kommunikation sei wichtig. Sie weist darauf hin, dass an der Hindenburgstraße künftig Schienenverkehr geplant sei. Sie sieht einen Unfallschwerpunkt durch die Zebrastreifen und die Bevorrechtigung des RS8 auf der Hauptachse des Radverkehrs. Die Abfahrt aus B1 nach Veranstaltungsende werde erheblich verschlechtert. In den Abendstunden werde weiterhin eine zweispurige Ausfahrt auf die B27 gewünscht.

Der Entwurf sei gelungen, lobt Stadtrat **Müller**. Er wünscht eine Klärung zur Vorfahrtsregelung und Querung der Königsallee für die Radfahrer. Die Ausfahrt B2 auf die östliche Seite und eine klare Trennung scheint ihm plausibel. Der ein- und ausfließende Verkehr solle sich nicht gegenseitig behindern. Er fragt nach den Möglichkeiten für einen Bushalt und für die Taxen.

Stadtrat **Zeltwanger** wünscht mehr Information zum Radweg, vor allem zur Alleenstraße. Zudem spricht er die Randsteinabsenkung an.

Stadtrat **Handel** sieht eine Problematik für die Busse. Für B2 sei eine doppelte Einfahrt sinnvoll, dadurch können sich mehrere Autos aufstellen und einfahren.

B1 sei über die Stuttgarter Straße und Friedrich-Ebert-Straße anfahrbar, merkt Stadtrat **Herrmann** an. Er fragt, wie B2 anfahrbar sei. Die Halteplätze vor dem Forum zu streichen, sei nicht sinnvoll. Eine Haltemöglichkeit werde weiterhin gewünscht

Ein Anfahren über die B 27 sei weiterhin für B1 und B2 möglich, antwortet der **Leiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität.

BM **Manni** geht auf das Entleerungsszenario der Parkplätze ein. Hierzu folgen nähere Informationen und eine detaillierte Abwägung. Weiter geht er auf die Parkplätze für Busse vor dem Forum ein. Der Wunsch auf eine Haltemöglichkeit werde mitgenommen, wie auch die zweispurige Abfahrt aus B1.

Stadträtin **Liepins** schlägt vor, parallel zur B 27 einen Bushalt einzurichten. Die Ein- und Ausfahrt aus

dem Parkplatz Bärenwiese 2 (B2) müsse nochmal überdacht werden.

Der **Leiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität dankt für die gute Zusammenarbeit. Ein endgültiger Beschluss sei im ersten Quartal 2023 vorgesehen. Danach können die Förderungen beantragt werden. Der genaue Bauzeitpunkt stehe noch nicht fest. Die Hinweise aus dem Gremium werden in die weitere Planung mitgenommen.

Zwischen der Entwurfsplanung und der Ausführungsplanung seien noch Detailklärungen möglich, so die **Leiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen. Ein dauerhafter und verkehrssicherer Belag auf dem Radweg anstatt der Kopfsteinpflaster sei kurzfristig und temporär nicht möglich. Es müssen unter anderem Höhenunterschiede und Gefälle beachtet werden. Zügig strebe man im ersten Quartal 2023 eine Beschlussfassung an, damit die Maßnahme schnell umgesetzt werden kann.

Die Pflasterung werde durch Asphalt ersetzt, so ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität. Der Haltestreifen am Forum werde entfernt, eine Alternative sei an der Königsallee

**TOP 3**

**Radwegführung Friedrich-Ebert-Straße vor dem Forum**

**Vorl.Nr. 373/22**

---

vorgesehen. Taxen können bereits heute in der Seitenstraße halten. Man stehe hierzu in Absprache mit Tourismus&Events. Das Risiko der Falschfahrtingefahr wegen der Einbahnstraßenregelung sei bekannt. Eine Absprache mit Polizei und Straßenverkehrsbehörde habe stattgefunden. Die Mittelinsel sei die vorteilhaftere Variante. Man habe eine denkmalgeschützte Situation vor Ort. Die Alleenstraße, Forum und die B27 werden als Einheit gesehen. Um die Oststadt nicht zu belasten, könne man auch die Einbahnstraße umkehren. Die Hinweise aus dem Gremium werden mitgenommen.

BM **Manni** fasst die heutigen Entscheidungen zusammen. Der Stadtteilausschuss Ost werde informiert. Schnellstmöglich steige man in die Planung zum richtungsgetretenen Radschnellweg mit Insel ein. Die weitere Planung von der Alleenstraße bis zur Oststraße werde im Gesamtkontext konkretisiert. Im ersten Quartal erfolge ein entsprechender Beschluss.

Nach dieser Aussprache lässt BM **Manni** über die Vorlage abstimmen.

**TOP 4**

**Bahnhofsareal - Fortschreibung der Entwurfsplanung zur Neugestaltung des ZOB**

**Vorl.Nr. 396/22**

---

#### **Beschluss:**

Der Mobilitäts- und Umweltausschuss stimmt der Fortschreibung der Planung des ZOB zu und genehmigt die Mittel für die Wiederholungsleistungen der Planungsbüros in Höhe von 250.000 € inklusive 19 % Mehrwertsteuer und ca. 10 % Unvorhergesehenes

#### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Herrmann

### **Beratungsverlauf:**

Anhand einer Präsentation wird durch eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen und einen **Mitarbeiter** des Fachbereiches Stadtplanung und Vermessung aus der Projektgruppe Bahnhofsareal informiert und auf die Vorlage eingegangen. Neu sei, dass die Einstiegshöhe für die Bahn 38 Zentimeter betragen werde und die Züge 80 Meter lang seien. Zunächst war man von lediglich 40 Metern ausgegangen. Die prognostizierte Fahrgastzahl habe sich erhöht. In einem ersten Schritt solle die Mittelinsel mit einer Einstiegshöhe von 18 Zentimetern gebaut werden. Für die Stadtbahn müsse diese dann erhöht werden. Eine betriebliche Machbarkeitsstudie habe gezeigt, dass auch mit der Stadtbahn der aktuelle Fahrplan abgewickelt werden könne. Eine sogenannte Kapazitätsreserve gebe es dann jedoch nicht mehr. Über das Zukunftsnetz müsse nachgedacht werden. Die Trassierung der Stadtbahn, Fahrbahnaufbau und das Oberleitungskonzept werde gemeinsam mit dem Zweckverband erarbeitet.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache.

**TOP 4**

**Bahnhofsareal - Fortschreibung der  
Entwurfsplanung zur Neugestaltung des ZOB**

**Vorl.Nr. 396/22**

---

Stadtrat **Handel** dankt für die Ausführungen. Der ZOB sei ein weiterer Meilenstein neben dem Arsenalplatz. Schön, sicher und leistungsstark mit einer guten Aufenthaltsqualität, dies solle der neue Platz bieten. Er fragt nach der Flächenbilanz. Die Mittelinsel mache Sinn. Die Überdachung könne die Oberleitung kaschieren oder befestigen. Die zweite Bahnstufenunterführung habe kein adäquates Eingangsportal und bedarf Verbesserung. Er wundert sich über die hohen Kosten für die Wiederholungsarbeiten. Die Öffentlichkeit und die Verbände sollen mitgenommen werden.

Die Lösung sei gut und intelligent, merkt Stadtrat **Klotz** an. Er fragt, ob für die Wiederholungsleistung Fördermittel beantragt werden können. Die Radfahrer sollen in die Überlegungen einbezogen werden.

Stadtrat **Zeltwanger** wünscht ein städtebauliches Gesamtkonzept. Für Fußgänger und Radfahrer müsse eine Lösung gefunden werden, wie auch für die Taxen. Der Westausgang solle ebenso mitgedacht werden. Er freut sich, dass es vorangehe. Aktuell sei die Mittelinsel zu klein. Die Holzbedachung finde er zu niedrig. Bei einer Anhebung sei jedoch die Wirksamkeit für den Wetterschutz nicht mehr gegeben. Er fragt nach den zusätzlichen Kosten für das Dach.

Die Lösung sei gut, so Stadträtin **Liepins**. Der Bahnhof sei zu grundsätzlich eng und es könne nicht alles abgebildet werden. Die Westseite solle mitgedacht und die zweite Unterführung vorbereitet werden. Die Kostenhöhe der Wiederholungsleistungen seien enorm und sie fragt nach den bisherigen Planungskosten.

Der Bahnhofsvorplatz erreiche seine Kapazitätsgrenze, merkt Stadträtin **Knecht** an. Mit der

Mobilitätswende werden mehr Fahrgäste erwartet. Ihre Fraktion habe schon immer gesagt, man solle mit dem Start der Planungen warten bis klar sei, ob die Stadtbahn kommt und wie diese gebaut werden soll, merkt sie verärgert an. Sie fragt, wo die vielen Busse halten, während der ZOB umgebaut wird und fragt nach der Interimslösung. Das Zukunftsnetz sei bekannt und solle bei den Planungen berücksichtigt werden. Die Höhe von 38 Zentimeter müsse an allen Haltestellen angepasst werden. Die Querung der Schienen sei kritisch, vor allem mit Kinderwagen und somit sei die Mittelinsel problematisch. Der Radverkehr müsse zudem mitgedacht werden. Die Taxen seien wichtig und sollten auch auf der Ostseite halten können. Kritisch geht sie auf die Änderung bezüglich der Einstiegshöhe ein und fragt, inwieweit der Landkreis in die Verantwortung genommen werden könne.

Stadtrat **Müller** teilt mit, dass bisher schon die Höhe von 38 Zentimeter kommuniziert worden sei. Die Mittelinsel sei derzeit zu klein. Er fragt nach dem Platzgewinn durch den Abriss der Buden. Zudem wünscht er mehr Information zur Anordnung der Bushaltestellen und weist auf die zum Teil langen Wege hin. Außerdem fragt er nach einem Wetterschutz an der westlichen und östlichen Seite und nach einem Konzept während der Umbauphase.

Stadträtin **Dr. Knoß** erinnert, dass die FDP einen Vertreter im Zweckverband habe und hierüber Informationen ausgetauscht werden können. Zum Radverkehr wünscht sie bis zur nächsten Vorstellung Informationen zur Zufahrt zum Fahrradparkhaus.

Stadtrat **Link** kritisiert die Einstiegshöhe. Er wünscht einen Einstieg straßeneben und fragt, ob die Trittbretter der Züge absenkbar seien. Er fragt nach der Art der Züge. Eventuell könne künftig auf Oberleitungen verzichtet werden. Die Schienen sollen gleich mitgeplant und verlegt werden. Hierdurch könne eine weitere Baustelle vermieden werden.

BM **Manni** geht auf die offenen Fragen ein. Das Bahnhofsumfeld sei gegenüber den bisherigen Planungen nicht verändert worden. Mit einfachen Maßnahmen könne man die Stadtbahn

**TOP 4**

**Bahnhofsareal - Fortschreibung der  
Entwurfsplanung zur Neugestaltung des ZOB**

**Vorl.Nr. 396/22**

---

einplanen. Der Input und die Anregungen zum Westportal, Taxen, zweite Unterführung, Zufahrt Fahrradparkhaus, Oberleitungen und die Flächenbilanz werden mitgenommen. Er geht auf die Niederflurtechnik ein. Mit dem Zweckverband stehe man im engen Austausch. Die neue Planung sei aufgrund der Länge der Züge erforderlich, dies sei zum Anfang der Planungen nicht absehbar gewesen.

Die Wechselwirkungen, unter anderem Fahrrading, Taxen, Westseite, zweite Unterführung und Franck-Areal, werden beachtet, fügt ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Stadtplanung und Vermessung hinzu. Im ersten Quartal 2023 erfolgt eine erneute Vorstellung. Der Hinweis auf die Öffentlichkeitsbeteiligung werde mitgenommen. Viele Interessengruppen seien bereits eingebunden. Für die Wartebereiche an der Seite werde gestalterisch zum Hauptdach eine Lösung gesucht.

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen geht auf die Mittelinsel ein. Diese werde für die Fahrgäste größer ausfallen als heute, von 5 auf 8 Meter. Die Dachhöhe sei bezüglich der Stadtbahn unkritisch. Die Schleppkurven seien für die Platzgestaltung entscheidend. Die Planungskosten werden pauschal gefördert. Das Zukunftsnetz sei nur teilweise bekannt. Die künftige Entwicklung des Netzes mit einer zusätzlichen Stadtbahn sei noch unklar.

Nach dieser Aussprache lässt BM **Manni** über die Vorlage abstimmen.

---

**TOP 5**                      **Erweiterung des Parkleitsystems**  
**- mündlicher Bericht**

---

**Beratungsverlauf:**

Einleitend spricht der **Leiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität seinen Dank an die Bundesregierung für die Förderung und die erheblichen Zuschüsse aus.

Es erfolgt ein Bericht durch einen **Mitarbeiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität und einen **Mitarbeiter** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Man befinde sich in einem laufenden Prozess und einem wachsenden System. Die Plätze bei der Kreissparkasse, wie auch das Landratsamt werden aufgenommen.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Dr. Knoß** wünscht eine gleichmäßige Verteilung im Straßenraum. Einerseits seien Parkplätze frei und andererseits bilden sich Warteschlangen vor den Parkhäusern. Man müsse dringend den Parksuchverkehr minimieren. Problematisch seien die Autofahrer, die trotz keiner freien Plätze, dennoch das gewohnte Parkhaus ansteuern. An bestimmten Tagen könne zusätzlich Personal eingesetzt werden, um auf freie Plätze hinzuweisen. Sie spricht die Informationen an Auswärtige an, hier müsse nachgesteuert werden. Die Seite der SWLB sei gut, müsse aber noch verlinkt werden. Sie regt an, dass die Gehminuten zum Marktplatz und Blühendes Barock angegeben werden. Die Parkplätze sollten immer gleichbenannt werden. Die Seite auf der Ludwigsburger Homepage sei verwirrend. Der Weg sei richtig und das flexible System lässt sich gut anpassen. Sie dankt den Beteiligten.

---

**TOP 5**                      **Erweiterung des Parkleitsystems**  
**- mündlicher Bericht**

---

Stadtrat **Klotz** spricht die Stadt-Navi-App an. Hier können die freien Plätze in den jeweiligen Parkhäusern abgelesen werden. Er regt an, dass künftig die Präsentationen in einer besseren Auflösung eingestellt werden sollen. Das Parkleitsystem sei wichtig. Die Verkehrsführung sei teilweise nicht verständlich. Er geht davon aus, dass das System noch nicht komplett programmiert sei. Er fragt, ob eine zweizeilige Anzeige möglich sei.

Stadtrat **Raasch** fragt, ob eine Verknüpfung mit der Auto-Navigation möglich sei.

Das Parkleitsystem solle hauptsächlich den Standard und Alltag regeln, merkt Stadtrat **Maier** an. Er wundert sich, weshalb die Anzeige der freien Plätze immer von 0 auf 4 springe.

Der Verkehr solle intelligent gelenkt werden, fordert Stadträtin **Knecht**. Es gebe zwei verschiedene

Nutzer, zum einen den Ortskundigen und zum anderen den Auswärtigen. Sie schlägt vor, dass Autofahrer aus Richtung Heilbronn generell ins Walcker-Parkhaus geleitet werden. Das erste Parkhaus aus der jeweiligen Himmelsrichtung solle angesteuert werden. Für die Ortskundigen sei es wichtig, dass die vorhandenen Parkplätze der jeweiligen Parkhäuser, unter Angabe der Namen, angezeigt werden. Sie fragt, ob die alten Schilder weiterhin bleiben. Zudem interessiert sie, ob die Dauerparkplätze eingerechnet werden. Für den Innenstadthandel und die Gastronomie sei es wichtig, dass die Besucher ebenso durch die Stadt laufen.

Zuviel dürfe nicht auf den Schildern stehen, das sei verwirrend, merkt Stadtrat **Müller** an. Ebenso fragt er, ob die bisherigen Schilder bleiben. Teils gebe es widersprüchliche Angaben. Zudem interessiert ihn, wie viele Ziele hinterlegt seien und wie der Umgang mit den Sonderparkplätzen sei.

Man müsse mehrere Szenarien nebeneinander durchdenken, meint Stadtrat **Zeltwanger**. Die klare Begrifflichkeit sei wichtig. Diese müsse sinnvoll und verständlich gewählt werden. Zudem brauche man eine Verknüpfung mit dem ÖPNV, auch mit dem außenliegenden Parkring. Hier sehe er eine Chance, um Hochpunkte am Wochenende abzufedern.

Das System solle eine Chance erhalten und ausprobiert werden, merkt Stadträtin **Liepins** an. Heute solle nicht weiter debattiert werden.

Der **Leiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität geht auf die offenen Fragen ein. Über die App könne man sich vor Fahrtantritt informieren. Das Land Baden-Württemberg kümmere sich um die Verbindung mit den Auto-Navigationssystemen.

Die Anzeige der freien Parkplätze springe ab einer gewissen Belegung um, fügt ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität hinzu. Die Idee bei Großveranstaltungen auf mehr Personal und provisorische zusätzliche Schilder zurückzugreifen werde geprüft. Der Hinweis zur Abstimmung mit dem Internet werde mitgenommen. Derzeit befinde man sich noch in der Testphase. Das System werde immer weiterentwickelt und baue auf das vorhandene Parkleitsystem auf. Die vorhandenen Schilder bleiben weiterhin bestehen. Die Schilder werden aufeinander abgestimmt. Inhaltlich können die Anzeigen viel erfassen, jedoch müsse auf die Erfass- und Erkennbarkeit geachtet werden. Die Anzahl der freien Plätze werde von der SWLB weitergeleitet. Die Frage, ob die Sonderparkplätze eingerechnet seien, werde mitgenommen. Das System schickt die Autofahrer konkret zu nahen gelegenen Parkhäusern weiter, in denen noch Plätze frei sind.

An manchen Tagen können Parkplätze auch komplett gesperrt sein. Hierauf werde rechtzeitig hingewiesen, informiert ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen.

**TOP 5**                      **Erweiterung des Parkleitsystems**  
**- mündlicher Bericht**

---

Man wolle mit dem System ergänzen und dies werde immer weiterentwickelt, so BM **Manni**. Es müssen noch Erfahrungswerte gesammelt werden. Die Informationen werden früh am Stadtrand angezeigt. Das Auslastungsmanagement werde mit den Betreibern besprochen. Er schließt diesen Tagesordnungspunkt.

**Beratungsverlauf:**

Die **Leiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen geht anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf die Mitteilungsvorlage ein.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache.

Zwei große Hauptverkehrsachsen seien betroffen, merkt Stadtrat **Handel** an. Verkehrschaos solle vermieden werden. Zum Goetheplatz fragt er nach einem Ablauf in die Grünfläche, um Starkregen aufzufangen. Zur Aufenthaltsqualität sollen die Anwohner mitgenommen werden. Bei der Oberen Gasse in Hoheneck regt er ein Kleinpflaster an, dies sei bei Sanierungen auch besser händelbar. Zukünftig sieht er für Straßen ohne Schwerlastverkehr ein Kleinpflaster als sinnvoll an.

Stadtrat **Link** fragt nach der Abstimmung und Koordination mit den Stadtwerken und der Telekom. Die Hauptverkehrsstraßen sollen nicht zeitgleich saniert und eine rechtzeitige Umleitung beschildert sowie darauf hingewiesen werden. Er lobt die gute Arbeit bei den bisherigen Sanierungen. Er regt an, dass die Belagsarbeiten an den Hauptverkehrsstraßen überwiegend nachts erfolgen sollen und weiterhin eine einspurige Befahrung gewährleistet sein.

Stadtrat **Raasch** geht auf das gesamte Bauvolumen ein. Er fragt, ob die jeweiligen Sanierungen gesplittet werden könne und dann unter dem Betrag einer Ausschreibungspflicht liegen. Er wünscht eine schnelle und zeitnahe Umsetzung durch die Unternehmen und man solle nicht zwingend den günstigsten Anbieter nehmen.

Die Hauptverkehrsstraßen seien das größte Problem, meint Stadträtin **Liepins** und sie wünscht eine Zeitangabe zur Bauphase. Seit Jahrzehnten seien auf den Hauptstraßen im Sommer Baustellen eingerichtet. Sie fragt nach den Kosten für Kleinpflaster.

Stadträtin **Knecht** merkt an, dass ebenso Zisternen, Ladesäulen und Bäume mitgedacht werden sollen. Ein Zeitplan über die Baustellen werde gewünscht.

Der Radverkehr solle in die Priorisierung einbezogen werden, fügt Stadträtin **Dr. Knoß** hinzu.

Die **Leiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen geht auf die offenen Fragen ein. Man habe sich mit den größten Trägern abgestimmt und Synergien gesucht. Bei jeder Maßnahme könne jedoch eine Notsituation eintreten. Die Aufenthaltsqualität am Goetheplatz werde mit dem Stadtteilausschuss diskutiert. Im Belagsprogramm sei keine Vollsanieung vorgesehen. Unterhaltungstechnisch sei ein Kleinpflaster oftmals schwierig. Die Stuttgarter Straße und die Schwieberdinger Straße werden nicht zeitgleich saniert. Die Sanierungen betreffen den

---

Fahrbahnbereich und weniger die Gehwege. Wenn möglich, werden Zisternen und Bäume sowie

Ladesäulen mitgedacht. Man sei an die rechtlichen Vorgaben für Ausschreibungen gebunden. Meist sei es eine Gesamtmaßnahme, um von den günstigen Preisen einer gemeinsamen Ausschreibung zu profitieren und liege im Kostenrahmen einer Ausschreibungspflicht.

BM **Manni** teilt mit, dass am 17.01.2023 die Gesamtschau vorgestellt werde. Er schließt den öffentlichen Teil der Sitzung des Mobilitäts- und Umweltausschusses.